

Das neue Antikorruptionsgesetz: Was muss sich im Gesundheitswesen ändern?

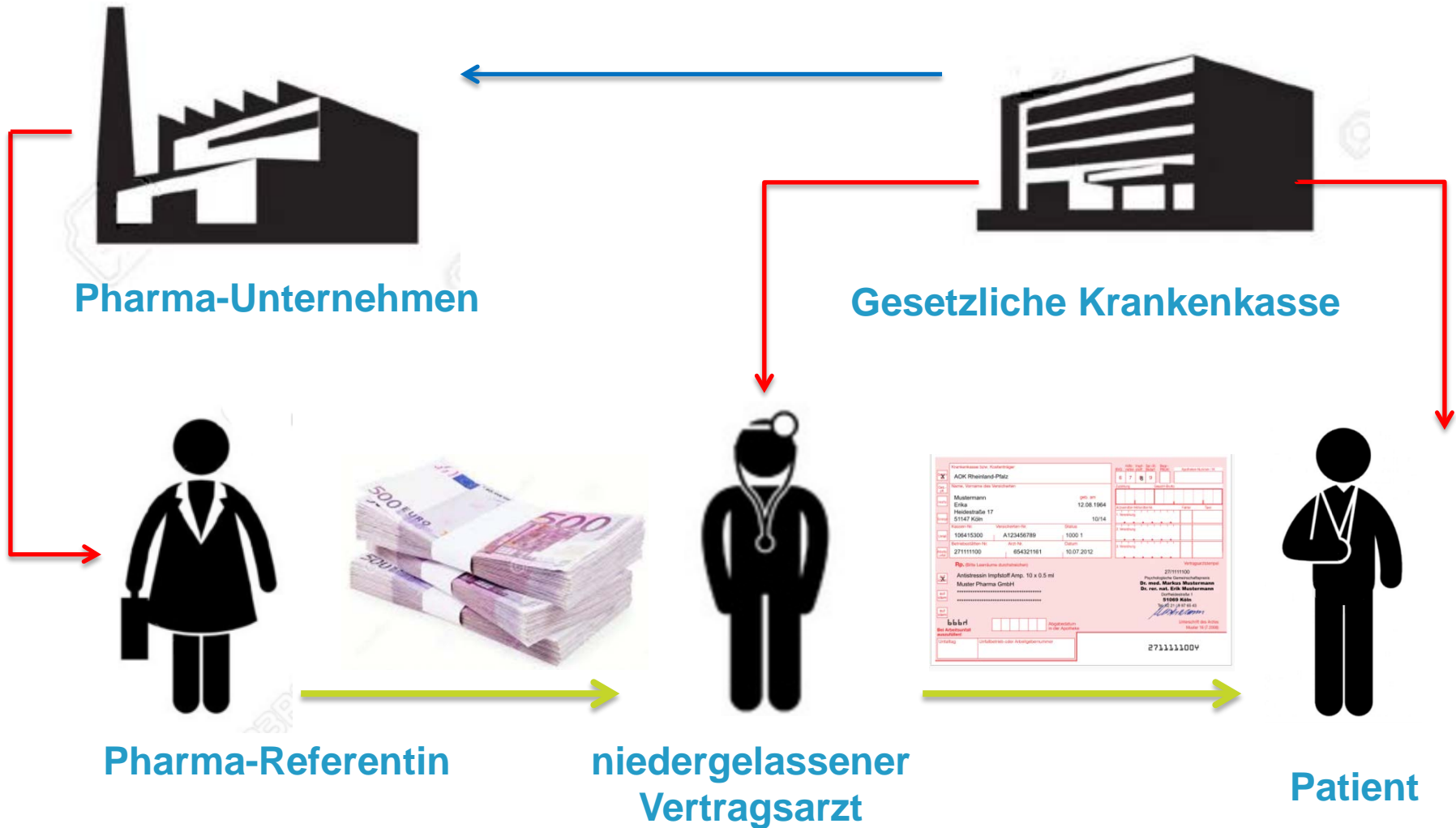
Prof. Dr. Hilko J. Meyer

„Wissenschaft und Praxis im Austausch über aktuelle Herausforderungen“

3. Forschungssymposium des Instituts für wirtschafts- und rechtswissenschaftliche Forschung Frankfurt (IWRF)

Frankfurt am Main, 22. April 2016

Ausgangsfall



Ausgangsfall

- Angeklagt: A, eine für den Pharma-Hersteller R tätige Pharmareferentin
- R praktizierte seit spätestens 1997 unter der Bezeichnung „Verordnungsmanagement“ ein Prämiensystem für die ärztliche Verordnung von Medikamenten aus ihrem Vertrieb. Danach erhielt der verschreibende Arzt 5 % der Herstellerabgabepreise als Prämie dafür, dass er Arzneimittel des Unternehmens verordnete. Die Zahlungen wurden als Honorar für fiktive wissenschaftliche Vorträge ausgewiesen. Auf der Grundlage dieses Prämiensystems übergab A in insgesamt 16 Fällen verschiedenen niedergelassenen, für die vertragsärztliche Versorgung zugelassenen Ärzten Schecks über einen Gesamtbetrag von etwa 18.000 Euro.
- Am 09.12.2010 verurteilte das Landgericht Hamburg die A zu einer Geldstrafe.
- Am 29.03.2012 sprach der Bundesgerichtshof die A frei.
- Bestehende Straftatbestände nicht anwendbar.
- Einführung neuer Straftatbestände: allein dem Gesetzgeber vorbehalten.

Ist das bisher erlaubt?

Zuwendungsverbot nach § 31 Musterberufsordnung der Ärzte

- ▶ (1) Ärztinnen und Ärzten ist es nicht gestattet, für die Zuweisung von Patientinnen und Patienten oder Untersuchungsmaterial oder für die Verordnung oder den Bezug von Arznei- oder Hilfsmitteln oder Medizinprodukten ein Entgelt oder andere Vorteile zu fordern, sich oder Dritten versprechen oder gewähren zu lassen oder selbst zu versprechen oder zu gewähren.

Zuwendungsverbot gem. § 7 Heilmittelwerbegesetz

- ▶ (1) Es ist unzulässig, Zuwendungen und sonstige Werbegaben (Waren oder Leistungen) anzubieten, anzukündigen oder zu gewähren oder als Angehöriger der Fachkreise anzunehmen, es sei denn, dass
 1. es sich bei den Zuwendungen oder Werbegaben um **Gegenstände von geringem Wert**, die durch eine dauerhafte und deutlich sichtbare Bezeichnung des Werbenden oder des beworbenen Produktes oder beider gekennzeichnet sind, oder um **geringwertige Kleinigkeiten** handelt (...)

Werbegaben für Angehörige der Heilberufe sind unbeschadet des Satzes 1 nur dann zulässig, wenn sie zur Verwendung in der ärztlichen, tierärztlichen oder pharmazeutischen Praxis bestimmt sind.

Bestechung und Bestechlichkeit



Staat



Amtsträger



Unrechts-
vereinbarung



Dritter



Unternehmen



Angestellter / Beauftragter



Unrechts-
vereinbarung



Dritter



Selbständiger



Selbständiger



Dritter

Bestechung und Bestechlichkeit



§§ 332 ff. StGB



§§ 299 ff. StGB



nicht strafbar



Ein niedergelassener Vertragsarzt handelt bei der Verordnung von Arzneimitteln nicht als Amtsträger oder Beauftragter der gesetzlichen Krankenkassen.

- ▶ Vertragsärzte sind nicht dazu bestellt, im Auftrag der gesetzlichen Krankenkassen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrzunehmen.
- ▶ Der Vertragsarzt ist nicht Angestellter oder bloßer Funktionsträger einer öffentlichen Behörde; er wird im konkreten Fall nicht aufgrund einer in eine hierarchische Struktur integrierten Dienststellung tätig, sondern aufgrund der individuellen, freien Auswahl der versicherten Person. Er nimmt damit eine im Konzept der gesetzlichen Krankenversicherung vorgesehene, speziell ausgestaltete Zwischenposition ein, die ihn von dem in einem öffentlichen Krankenhaus angestellten Arzt ... unterscheidet“
- ▶ Das Verhältnis des Versicherten zum Vertragsarzt wird wesentlich bestimmt von Elementen des persönlichen Vertrauens und einer der Bestimmung durch die Krankenkassen entzogenen Gestaltungsfreiheit...“
- ▶ Folge: Korruptionsdelikte der §§ 331, 333 StGB (Vorteilsannahme / Vorteilsgewährung), §§ 332, 334 StGB (Bestechlichkeit / Bestechung) und § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr) kommen nicht in Betracht.



Wirtschaft Börse Sport Panorama Unterhaltung Technik Ratgeber V

Startseite » Politik » Richter können nichts machen : Ärzte-Bestechung ist völlig legal

POLITIK

Empfehlen 335

Tweet 10

Teilen 0



Freitag, 22. Juni 2012

Dagegen gibt es derzeit kein Rezept.

(Foto: dpa)

Richter können nichts machen Ärzte-Bestechung ist völlig legal

Sie sind die schwarzen Schafe unter den Göttern in Weiß: korrupte Ärzte. Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs sind sie auch weiterhin fein raus, denn sie

Neu: § 299a StGB - Bestechlichkeit im Gesundheitswesen

Wer als Angehöriger eines Heilberufs, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordert, im Zusammenhang mit der Ausübung seines Berufs einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er

1. bei der Verordnung von Arznei-, Heil- oder Hilfsmitteln oder von Medizinprodukten,
 2. bei dem Bezug von Arznei- oder Hilfsmitteln oder von Medizinprodukten, die jeweils zur unmittelbaren Anwendung durch den Heilberufsangehörigen oder einen seiner Berufshelfer bestimmt sind, oder
 3. bei der Zuführung von Patienten oder Untersuchungsmaterial
- einen anderen im inländischen oder ausländischen Wettbewerb in unlauterer Weise bevorzuge, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

*Eingefügt durch: **Gesetz zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen***

Beschlossen vom Bundestag, 2. und 3. Lesung, am 14.04.2016, BT-Drs. 18/8106 v. 13.04.2016

Bundesrat: Sitzung am 13.05.2016, TOP 2, BR-Drs. 181/16 v. 22.04.2016 (kein Einspruch erwartet)

Bestechlichkeit und Bestechung



§§ 332 ff. StGB



§§ 299 ff. StGB



§§ 299a ff. StGB



§§ 299a StGB / Normadressaten

Akademische Heilberufe

- ▶ Ärzte
- ▶ Apotheker
- ▶ Zahnärzte
- ▶ Tierärzte
- ▶ Psychologische Psychotherapeuten
- ▶ Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten

Gesundheitsfachberufe z.B.

- ▶ Gesundheits- und Krankenpfleger
- ▶ Ergotherapeuten
- ▶ Logopäden
- ▶ Physiotherapeuten
- ▶ Hebammen
- ▶ Masseur/in und medizinische Bademeister/in
- ▶ Altenpfleger/in

Kerntatbestand

- ▶ Fordern, Sich-Versprechen-Lassen oder Annehmen eines Vorteils
- ▶ Als Gegenleistung für eine zumindest intendierte unlautere Bevorzugung im inländischen oder ausländischen Wettbewerb
 - (= sog. **Unrechtsvereinbarung**)
 - [[**Entfallen:** „oder der Verletzung der berufsrechtlichen Pflicht zur Wahrung der heilberuflichen Unabhängigkeit]]
- ▶ bei
 1. der Verordnung von Arznei-, Heil- oder Hilfsmitteln oder von Medizinprodukten,
 2. dem Bezug von Arznei- oder Hilfsmitteln oder von Medizinprodukten, die jeweils zur unmittelbaren Anwendung durch den Heilberufsangehörigen oder einen seiner Berufshelfer bestimmt sind, oder
 3. der Zuführung von Patienten
 - [[**Entfallen:** bei der Abgabe oder dem Bezug von Arznei-, Heil- oder Hilfsmitteln oder Medizinprodukten, die zur Abgabe an den Patienten bestimmt sind,

Vorteilsbegriff

Vorteil ist jede Zuwendung, auf die der Täter keinen Rechtsanspruch hat und die seine wirtschaftliche, rechtliche oder persönliche Lage objektiv verbessert

Materielle Zuwendungen

- ▶ Geldzahlungen
- ▶ Bonuszahlungen
- ▶ Zuwendung von Sachwerten
- ▶ Einräumung von Vermögens- oder Gewinnbeteiligungen
- ▶ Beteiligung an einer Berufsausübungsgemeinschaft
- ▶ Einladungen zu Kongressen, sonstigen Veranstaltungen
- ▶ Übernahme der Kosten von Fortbildungsveranstaltungen
- ▶ Abschluss eines Vertrages (auch bei Vereinbarung wirtschaftlich gleichwertiger Leistung und Gegenleistung, z.B. Vergütung für Anwendungsbeobachtung, Vortragstätigkeit; Gutachten)
- ▶ Immaterielle Zuwendungen (z.B. Ehrungen, Ehrenämter)
- ▶ Keine Geringwertigkeits- oder Bagatellgrenze aber Korrektiv durch das Prinzip der Sozialadäquanz (z.B. bei üblichen Werbegeschenken)

Beispiele für Zweifelsfälle

Anwendungsbeobachtung: Eine strafbare Unrechtsvereinbarung liegt vor, wenn die vorgesehene Vergütung den teilnehmenden Arzt nicht für seinen zusätzlichen Aufwand entschädigt, sondern ihm als Bestechungsgeld für die unlautere Bevorzugung bestimmter Medikamente gewährt wird. Dies gilt entsprechend für Beraterverträge, Gutachteraufträge, etc. -> **Was ist eine angemessene Vergütung?**

Zusammenarbeit in **Berufsausübungsgemeinschaften, Organisationsgemeinschaften, Kooperationsgemeinschaften und Praxisverbänden** (§ 18 MBO-Ä) ist berufsrechtlich verboten, wenn sie tatsächlich der Umgehung des Verbots der Zuweisung gegen Entgelt (§ 31 MBO-Ä) dient. -> **Abgrenzung zwischen Kooperation und Zuweisung?**

Eine unzulässige und strafbare Verknüpfung zwischen Unternehmensbeteiligung und medizinischen Entscheidungen liegt stets vor, wenn die Gewinnbeteiligung oder sonstige Vorteile des Arztes unmittelbar von der Zahl seiner Überweisungen oder dem damit erzielten Umsatz abhängen. Ist der Arzt nur mittelbar, insbesondere über eine allgemeine Gewinnausschüttung am Erfolg eines Unternehmens beteiligt, soll es für die Zulässigkeit der Beteiligung darauf ankommen, ob er bei objektiver Betrachtung durch seine Patientenzuführung einen spürbaren Einfluss auf den Ertrag aus seiner Beteiligung nehmen kann. -> **Was bedeutet „Spürbarkeit“?**

Auswirkungen

- ▶ Die Tatbestandsmerkmale der §§ 299a, 299b StGB sind sehr weit gefasst und können jede **Kooperation** oder **Leistungsbeziehung** im Gesundheitswesen erfassen, wenn sie zum Gegenstand einer Unrechtsvereinbarung gemacht werden
- ▶ Die Abgrenzung zwischen einer zulässigen wirtschaftlichen Betätigung und einer strafbaren Unrechtsvereinbarung wird sich in der Praxis oft als schwierig erweisen
- ▶ Eine abschließende rechtliche Beurteilung wird oft erst am Ende des Ermittlungsverfahrens möglich sein oder bedarf (straf-)gerichtlicher Klärung
- ▶ Das Risiko der Strafverfolgung wird durch die geringen Anforderungen an die Begründung eines Anfangsverdachts i.S.v. § 152 Abs. 2 StPO deutlich erhöht
- ▶ **Alle Leistungserbringer im Gesundheitswesen sind gehalten, ihre Geschäftsmodelle im Lichte der neuen Straftatbestände sorgfältig zu überprüfen.**
- ▶ Nicht die Vermeidung des **Verurteilungsrisikos**, sondern des **Verfolgungsrisikos** muss der Maßstab sein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt:

Prof. Dr. Hilko J. Meyer

Zentrum für Gesundheitswirtschaft und -recht (ZGWR)

hilko.meyer@zgwr.fra-uas.de